

Ressort: Politik

Koalitionspolitiker uneins über Bundesbank-Gold

Berlin, 16.01.2013, 13:41 Uhr

GDN - In der schwarz-gelben Koalition ist eine Debatte über die Goldreserven der Bundesbank entbrannt. Hintergrund ist ein Bericht des "Handelsblatts", wonach die Notenbank ihre Goldbestände bei der französischen Zentralbank auflöst und auch einen Teil der Bestände bei der US-Notenbank Federal Reserve nach Deutschland verlagern will.

Der FDP-Finanzpolitiker Frank Schäffler forderte eine Rückführung aller Goldbarren nach Deutschland, der CDU-Haushälter Klaus-Peter Willsch verteidigte dagegen die bisherige teilweise Lagerung des Goldes im Ausland. Er plädierte zudem für einen weiteren Standort in Asien. "Die Schritte der Bundesbank reichen nicht aus", sagte Schäffler "Handelsblatt-Online". Heute wisse man nicht einmal, ob die Barren überhaupt vorhanden oder ob sie echt seien, weil seit Jahrzehnten keine Inventur stattgefunden habe. "Jeder Kaufmann würde ausgelacht, wenn er seinen Warenbestand am Ende des Jahres jährlich fortschreiben würde, aber das Warenlager noch nie von innen gesehen hätte", sagte Schäffler, der auch Erstunterzeichner der Initiative "Holt unser Gold heim" ist. Deren Kernforderungen sind eine unabhängige Prüfung des tatsächlichen Bestands der Goldreserven an allen Lagerorten sowie die "zeitnahe Rückführung" des im Ausland gelagerten Goldes nach Deutschland, um die "Option der (Teil-) Deckung einer künftigen neuen Währung zu erhalten". Der Haushaltsexperte der Unions-Bundestagsfraktion, Willsch, begrüßte es, dass die Bundesbank ihr historisch überkommenes Lagerkonzept revidieren wolle. "Die Goldreserven gehören dem deutschen Volk und dienen dazu, in Krisenfällen der eigenen Währung die Zahlungsfähigkeit Deutschlands sicherzustellen", sagte Willsch. Daher seien Lagerstätten im befreundeten Ausland durchaus angebracht. Paris mache nach Einführung der gemeinsamen Währung als Standort innerhalb der Euro-Zone keinen Sinn mehr, so Willsch. "Die Bundesbank sollte meines Erachtens erwägen, neben London und New York aus Gründen der Risikostreuung einen weiteren Standort im asiatischen Raum auszuwählen." Den Einsatz der deutschen Goldreserven zur fiskalpolitischen Stimulierung lehnt Willsch ab. Die Bundesbank sei alleine zur Wahrung der Preiswertstabilität verpflichtet, betonte der CDU-Politiker. Dies begründe ihre Unabhängigkeit. Anders sei die Situation in den Euro-Staaten der Peripherie, die nicht mehr in der Lage seien, selbstständig ihren Schuldendienst zu bewältigen und daher um Unterstützung durch andere Staaten nachsuchten. "Von diesen Ländern ist durchaus zu erwarten, dass sie zunächst ihre Vermögenswerte, also auch das Zentralbankgold, einsetzen, um durch Schuldenabbau ein tragfähiges Niveau zu erreichen", sagte Willsch.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-5901/koalitionspolitiker-uneins-ueber-bundesbank-gold.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com